

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 10 (1969)
Heft: 2

Artikel: Gomulka festigt seine Machtbasis
Autor: Johnson, A. Ross
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1095498>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Gomulka festigt seine Machtbasis

Von A. Ross Johnson

In Nr. 25/26 des letzten Jahres hatten wir den polnischen Parteikongress vom November namentlich als erste Heerschau des internationalen Kommunismus sowjetischer Färbung seit dem Einmarsch in die CSSR behandelt. In dieser Hinsicht brachte er eine Bestätigung der neuen sowjetischen Souveränitätsdoktrin und eine Bestätigung der gruppenweisen Reaktionen nichtregierender Parteien darauf. Doch stellte der Parteitag daneben auch eine nationale Zäsur dar im unter-schweligen Machtkampf, den die sogenannten «Partisanen» ein Jahr lang dem polnischen KP-Chef Gomulka geliefert hatten. Mit der internen und personellen Machtkonstellation in Polen befasst sich dieser Beitrag.

Personalveränderungen

Die Wahl eines neuen Politbüros, Zentralkomitees und sonstiger Spitzengremien der Partei war für die Zukunft potentiell wichtig. Da der Kongress unmittelbar nach einem Machtkampf zusammentrat, den die von Mieczyslaw Moczar geführte Partisanengruppe und etliche andere Verfechter eines harten Kurses nach den Märzereignissen intensiviert hatten, um die Kontrolle über die Partei an sich zu reissen, hatten viele Beobachter der polnischen Vorgänge erwartet, dass der Parteitag Moczar zum Vollmitglied des Politbüros wählen werde — wenn es auch fast sicher war, dass Gomulka, der seine Autorität in der Partei seit Juni zumindest partiell wieder konsolidieren konnte, als Erster Sekretär bleiben würde. Jedoch ist Moczar, der im letzten Sommer — auf dem 12. ZK-Plenum — zum Kandidaten des Politbüros aufgestiegen war, ostentativ übergangen worden; drei neue Mitglieder des Politbüros wurden ernannt, von denen nicht einer Kandidat gewesen war. Gomulka hat damit wieder einmal seine vielleicht unerreichte Fähigkeit demonstriert, Rivalen in parteiinternen Richtungskämpfen auszumanövrieren, wenngleich in diesem Falle äussere Umstände — die Intervention in der CSSR — zu dem mindestens temporären Rückschlag, den die Partisanen erlitten, wesentlich beigetragen haben. Mit der Abwehr des Angriffs der Partisanen hat Gomulka aber tiefreichende Veränderungen in der Führungsstruktur der Partei bewirkt.

Drei Angehörige des alten Politbüros sind nicht mehr gewählt worden: einmal Adam Rapacki, Polens langjähriger Aussenminister, der nach dem März von den Partisanen und anderen Gegnern heftig kritisiert worden war und selbst, wie es hiess, sowohl die Unterdrückung der Studentendemonstrationen wie die Beteiligung Polens an der Aktion gegen die Tschechoslowakei missbilligt hatte; ferner Eugeniusz Szyr und Franciszek Waniolka, alte Stalinisten, die nach 1956 von Gomulka in die Parteiführung zurückgeholt und mit der Verantwortung für Wirtschaftsfragen betraut worden waren, seit März aber ebenfalls die Feindschaft der harten Gruppen auf sich gezogen hatten. Allerdings hatte sich die Kritik an der «ökonomischen Misswirtschaft» in erster Linie gegen Planungschef Stefan Jedrychowski gerichtet; da er politisch, d. h. in den Fraktionskämpfen, praktisch keine Rolle spielt, kann seine Wiederwahl ins Politbüro nur als das Ergebnis einer erfolgreichen Rettungsaktion Gomulkas erklärt werden. Die drei neuen Mitglie-

der des Politbüros sind: Stanislaw Kociolek, früher Erster Sekretär in Warschau und gegenwärtig Parteichef der Woiwodschaft Danzig; Wladyslaw Kruczek, Erster Sekretär der Woiwodschaft Rzeszow, und Jozef Tejchma, ein für Agrarfragen zuständiger ZK-Sekretär. Kociolek, der heute 35 Jahre alt ist, stieg unter Gomulka noch als überaus junger Mann zum Warschauer Parteichef auf; seit er im vergangenen Jahr nach Danzig versetzt wurde, soll er sich auch mit Edward Gierek, dem Ersten Sekretär Schlesiens, gut verstehen. Tejchma, 41 Jahre alt, hat immer als ein Mann Gomulkas gegolten. Kruczek, 58 Jahre alt, gehörte 1956 der Natolin-Gruppe an und ist damals von Gomulka vor dem Ende seiner politischen Laufbahn bewahrt worden; seither betrachtet man ihn als einen relativ unbedeutenden Provinzsekretär, ohne Ambitionen auf einen Platz an der Spitze und ohne besondere Verbindung zu einer der rivalisierenden Gruppen. Zu den Kandidaten des Politbüros ist einer hinzugekommen, und zwar der 43 Jahre alte Parteichef von Posen, Jan Szydlak, der schon mit Gierek in Verbindung gebracht worden ist. Szydlak wurde gleichzeitig ins ZK-Sekretariat berufen, ebenso Stefan Olszowski, 37 Jahre alt, früher Leiter des Pressebüros der Partei, dessen «Fraktionszugehörigkeit» schwer zu bestimmen ist, der aber über Beziehungen zu den Partisanen verfügt. Witold Jarosinski hingegen, ein Mann Gomulkas und für ideologische Fragen verantwortlich, ist aus dem Sekretariat verschwunden.

Gruppenkämpfe

Was den Kampf um die Führung der Partei angeht, so war, wie schon erwähnt, eine nicht erfolgte Beförderung wichtiger als alle die zuletzt genannten Veränderungen. Dass Moczar so ostentativ übergangen wurde, stellt für den Führer der Partisanen einen schweren und sogar demütigenden Rückschlag dar. Auf der anderen Seite hat Gomulka, wie immer die Orientierung der neuen Mitglieder von Politbüro und Sekretariat sein mag, bewiesen, dass er weit davon entfernt ist, sich vom Kampffeld zurückzuziehen. Nachdem seine Position im vergangenen Frühjahr nicht mehr unangefochten war, unternimmt er jetzt den Versuch, sich mit der Ernennung jüngerer Leute wie Kociolek eine neue Machtbasis aufzubauen. Die Hälfte des Politbüros besteht nun aus Gefolgsleuten Gomulkas, während ein weiteres Viertel völlig von Gomulka abhängig ist. Zugleich haben aber regionale Parteiführer grössere Bedeutung erlangt. Zwar muss erst ab-

gewartet werden, ob die beförderten Woiwodschaftschefs ihre regionalen Aemter neben ihrer Stellung im Politbüro behalten werden, doch legt ihre Ernennung den Schluss nahe, dass die Funktionäre der Woiwodschaftsebene ihren politischen Einfluss verstärken könnten.

Der Wechsel in der Zusammensetzung des Zentralkomitees, den der 5. Kongress mit sich brachte, war aber weit grösser als der Wechsel im Politbüro oder im ZK-Sekretariat. Von den 81 noch lebenden Mitgliedern des alten Zentralkomitees sind nicht weniger als 29 ausgeschieden, von denen 24 nicht einmal mehr als Kongressdelegierte auftauchen. Das neue ZK zählt 91 Mitglieder; 52 haben bereits dem alten ZK angehört, 14 waren bislang Kandidaten des ZK, und 25 sind Neulinge. Die Zahl der Kandidaten beträgt nun ebenfalls 91, davon waren 33 schon bisher Kandidaten, während 58 neu hinzugekommen sind.

Die folgenden vorläufigen Schlüsse wird man formulieren dürfen: 1. Das Zentralkomitee ist fast vollständig von «Liberalen» des Oktobers 1956, von ehemaligen Sozialdemokraten und von Kommunisten jüdischer Herkunft gesäubert worden (einschliesslich jener, die 1956 mit der Pulawy-Gruppe identifiziert wurden); 2. die Zahl der Intellektuellen im ZK ist reduziert worden; 3. auch etliche berüchtigte Stalinisten, darunter General Kazimierz («Gasrohr») Witaszewski, sind verschwunden; 4. Provinzfunktionäre, vor allem Erste Sekretäre der Woiwodschaften, sind jetzt stärker vertreten als je zuvor (Antoni Kulligowski von Köslin ausgenommen, der vor seiner Ablösung steht, gehören nun alle Woiwodschaftschefs dem ZK als Vollmitglieder an); 5. das neue ZK enthält im Gegensatz zum alten 15 Arbeiteraktivisten, und die Aufnahme dieser praktisch völlig neuen Gruppe kann als ein weiteres Anzeichen der gewachsenen Bedeutung der regionalen Führer gewertet werden, andererseits als ein Vorgang, der das Gewicht von Politbüromitglied und ZK-Sekretär Ryszard Strzelecki erhöht (der für die Kaderarbeit zuständig ist), oder aber als eine Anstrengung Gomulkas, den Druck «von unten» — der in der Säuberungskampagne des letzten Jahres einen wichtigen Faktor darstellte — zu neutralisieren, indem er Aktivisten der unteren Ebene ins ZK bringt; 6. wenngleich die Partisanen keine so grossen Gewinne erzielt zu haben scheinen, wie manche Beobachter erwartet hatten, hat sowohl diese Fraktion wie die Gruppe um Gierek offenbar doch einige Fortschritte verzeichnen können; 7. zwar fehlt es noch an ausreichenden Angaben, doch deutet die Berufung relativ junger Funktionäre, wie Pajestka, 44 Jahre alt, und Adam Kruczkowski, 38 Jahre alt und ein möglicher Nachfolger Rapackis als Aussenminister, darauf hin, dass eine bemerkenswerte Verjüngung des Zentralkomitees stattgefunden hat.

Parteidisziplin: Kontroverse Themen blieben ausgeklammert

Die Reden, die auf dem Kongress vor den Wahlen zu den Spitzengremien der Partei gehalten wurden, demonstrieren ebenfalls, dass Gomulka seine Autorität in der Partei weitgehend wiederhergestellt hat. Die Kongressresolution erwähnte den «Zionismus» überhaupt nicht, und die Gefolgsleute Gomulkas sahen sich, anders als auf dem 12. ZK-Plenum, nicht einmal veranlasst, vor

einer Ueberbetonung der «zionistischen» Gefahr zu warnen — wengleich einige Redner in dieser Frage eine eindeutig abweichende Haltung einnahmen, die mit dem Standpunkt Gomulkas nicht übereinstimmte. (Das Ausmass der «zionistischen» Gefahr stellte im Machtkampf ein Schlüsselthema dar, wobei die Partisanen und sonstige Verfechter einer harten Politik die Gefahr dick unterstrichen, während das «zentristische» Lager Gomulkas die Gefahr herunterzuspielen und schliesslich die Diskussion abzustoppen suchte.) Das ebenso heikle Problem einer Neubewertung der polnischen Geschichte (wiederum ein Thema des Richtungskampfes, wobei die Partisanen für mehr «gesamtnationale» und weniger klassenorientierte Interpretationen eintraten) hat auf dem Kongress ebenfalls wenig Aufmerksamkeit gefunden. Das bedeutete nicht, dass Gomulka in der Lage gewesen wäre, die Parteidiskussion über diese früher als «tabu» geltenden Fragen abzuwürgen; beide Themen sind seit dem Kongress schon wieder aufgetaucht.

Auf dem Forum des Parteitagess hat sich Gomulka jedoch fähig gezeigt, die Debatte vorübergehend zu unterdrücken und die Aufmerksamkeit statt dessen auf den «demokratischen Zentralismus» zu lenken. Um aus der parteiinternen Kritik an vielen Aspekten seiner Politik und sogar an seiner Person das Beste zu machen, behauptete Gomulka praktisch, in seiner Schlussrede am letzten Tag des Kongresses, dass diese

Kritik die gesunde «demokratische» Natur der Partei bewiesen habe; jetzt habe aber die oberste Körperschaft der Partei die politischen Richtlinien für die nächsten vier Jahre festgelegt, und daher sei es die Aufgabe eines jeden Parteimitglieds, gleichgültig welcher Stellung, der Parteilinie zu folgen. Tejchma, der am dritten Tag des Kongresses sprach, warnte die Partei ebenfalls vor «jenem Denken, das die Disziplin unterschätzt, das Disziplin und Zentralismus als unvereinbar mit einer vorwärtsdrängenden und schöpferischen Haltung betrachtet». Jede Schwächung der Parteidisziplin, so fuhr er fort, «kann zu einer Erosion der Autorität der Partei und zum Zusammenbruch ihrer Struktur führen». Gomulka wandte sich gegen eine Wiederholung jener Kritik an Parteiführern, die im vergangenen Frühjahr aufgetreten und von «Herabwürdigung» und «Rufmord» gekennzeichnet gewesen sei.

Rückschlag für die Partisanen

Aus all dem geht hervor, dass Gomulka, angesichts der Bedrohung seiner Position durch den nach dem März entfesselten Machtkampf, auf dem Kongress demonstrierte, in welch überraschendem Masse er seine Autorität in der Partei wieder konsolidiert hat. Aber wenn man auch die persönliche Leistung Gomulkas nicht unterschätzen darf, so kann die Grösse seines

Erfolges doch nur durch ein äusseres Ereignis erklärt werden, nämlich durch die Intervention in der Tschechoslowakei und den daraus resultierenden Druck, den der Status quo auch im übrigen Osteuropa festigte, was sich während des Kongresses u. a. in Breschnews Lobeshymne auf Gomulka zeigte. Die Partisanen haben dagegen einen schweren Rückschlag einstecken müssen. Der harte Kern dieser Gruppe — die ehemaligen Partisanen und Geheimpolitisten — hat indes stets einen so kräftigen Willen zur Macht an den Tag gelegt, dass eine Aufgabe des Kampfes nicht zu erwarten ist. Wie nach früheren Rückschlägen wird er sich neu formieren, weniger auffällig vorgehen und eine andere Krisensituation in der Partei abwarten — oder auch herbeiführen —, eine Situation, wie sie in Polen durch den Widerstand gegen Gomulkas Politik im Juni 1967 und durch die Studentendemonstrationen im März 1968 geschaffen wurde, ehe er abermals nach der Macht greift. Freilich ist die — weitgehend taktische — «nationalistische» Plattform der Gruppe nach den Ereignissen in der CSSR sehr viel weniger glaubwürdig, und mit der Berufung jüngerer und besser ausgebildeter Funktionäre in Spitzenpositionen scheint Gomulka ein weiteres Argument der Partisanen widerlegen zu wollen, das Argument, dass nur sie in der Lage seien, den Partei- und Staatsapparat zu verjüngen. Die ehrgeizigen und rücksichtslosen jungen Parteimitglieder, die bereit waren, im Kielwasser

Sie können Fr. 120 000.— gewinnen!

Wenn Sie Glück haben. Und wenn Sie einen neuen Jahresabonnenten auf das ZeitBild werben. Dann erhalten Sie von uns ein SEVA-Los. Geschenk. Und für jeden weiteren Neuabonnenten, den Sie finden, erhalten Sie ein weiteres Los. Ebenfalls geschenkt. Je mehr Neuabonnenten Sie finden, desto grösser die Chancen.

Melden Sie Ihre Neuabonnenten mit untenstehendem Abschnitt, mit Postkarte oder mit Brief. Hauptsache, wir haben Ihre Meldung bis spätestens 31. Januar (Poststempel entscheidet). Einzige Bedingung: neue, geworbene Jahresabonnenten.

Hier der Trefferplan :

1 ×	Fr. 120 000.—
1 ×	Fr. 40 000.—
5 ×	Fr. 10 000.—
15 ×	Fr. 1 000.—
15 ×	Fr. 500.—
190 ×	Fr. 100.—
760 ×	Fr. 20.—
1 900 ×	Fr. 10.—
38 000 ×	Fr. 5.—
40 887	Fr. 475 700.—

Die SEVA-Ziehung findet am 27. Februar 1969 statt. Wir werden Ihnen melden, wenn Sie unter den Gewinnern sind. Wahren Sie Ihre Chancen. Sie helfen damit auch uns.

Bitte abtrennen und einsenden an: Schweizerisches Ost-Institut, 3000 Bern 6.

Ich melde folgende Neuabonnenten und bitte Sie, mir die gleiche Zahl SEVA-Lose an meine untenstehende Adresse zu schicken.

Neuabonnenten (bitte in Blockschrift Name, Vorname, Beruf, Strasse, PL und Ort angeben):

Meine genaue Adresse:



Verschüttete Städte kann man wieder aufbauen (Gomułka bei Aufräumarbeiten 1946 in Warschau) — aber verschüttetes Vertrauen?

der Partisanen ins Zentrum der Macht vorzudringen, können jetzt versucht sein, sich an andere Protektoren zu halten — selbst an Gomułka. Gewiss werden die Partisanen in der nächsten Zukunft noch eine wichtige Kraft darstellen. Sollten aber in den kommenden Jahren grössere interne Krisen ausbleiben, so wird man den 5. Parteitag rückblickend vielleicht als das Datum ansehen, an dem das Ende der Partisanen als Bewerber um die höchste Macht begonnen hat.

Die neue Machtbasis

Wie immer es jedoch um ihre Zukunft bestellt sein mag, die bisherige Aktivität der Partisanen hat dennoch einen gewichtigen Einfluss auf den Ablauf des 5. Parteitages ausgeübt. Wengleich die Gruppe nicht in der Lage war, eine neue Führungsstruktur zu schaffen, in der sie die ausschlaggebende Rolle gespielt hätte, so hatte sie doch erheblichen Anteil an der Zerstörung oder jedenfalls Umwandlung der alten Struktur. Dieses

System, das Gomułka nach 1956 geschaffen hat, war durch die erzwungene Zusammenarbeit gegensätzlicher Kräfte gekennzeichnet, zu denen Mitglieder der stalinistischen Natolin-Gruppe und der «liberalen» Pulawy-Gruppe von 1956 gehörten, ehemalige Sozialisten, Partisanen, «Technokraten», die alle unter Gomułkas persönlicher Herrschaft standen. Zwar sind führende «Liberales» — z. B. Jerzy Albrecht, 1956 ein einflussreicher ZK-Sekretär und Angehöriger des Politbüros — nach 1958 allmählich von alten Stalinisten abgelöst worden, aber sie blieben in der obersten Führung weiterhin präsent und hielten nach wie vor zahlreiche wichtige Stellen in der zweiten Reihe besetzt. Die von den Partisanen geführte Säuberungskampagne des letzten Jahres hat jedoch die letzten Reste des «liberalen» Flügels der Partei weggefegt, und Gomułka war gezwungen, neue Gegengewichte zu den Partisanen zu finden, wenn er sich ihrem Einfluss nicht völlig unterwerfen wollte. Offensichtlich hat er nun mit dem lange verschobenen Versuch begonnen, in der Parteiführung eine aus jungen Leuten bestehende neue Machtbasis zu schaffen. Gleichzeitig haben die Führer der Woiwodschaften einen grösseren Anteil an der Macht gewonnen, wobei im Augenblick noch nicht gesagt werden kann, ob dies das Resultat planmässigen Vorgehens Gomułkas ist oder Ausdruck einer Machtverlagerung als Folge der erbitterten Konflikte an der Spitze. Edward Gierek bleibt ein wichtiger Faktor, was sich während des Kongresses zeigte, als er nach Gomułka eine längere Rede hielt, in der er die Modernisierung und Rationalisierung der Wirtschaft forderte. Zurzeit scheint er Gomułka zu stützen, aber nicht als Untergebener, sondern als ein fast Gleichrangiger. Kurz gesagt, die Säuberung des «liberalen» Flügels hat es praktisch unmöglich gemacht, zum Status quo in der Fraktionsgruppierung zurückzukehren. Die Führung der Partei ist in Bewegung geraten, und nur die Zeit wird ein Urteil über die Stärke der neuen Elemente in der Führungsspitze erlauben. Eines ist aber klar: Keines der neuen Elemente wird in der absehbaren Zukunft auf eine spürbare «Liberalisierung» irgendwelcher Sektoren der polnischen Gesellschaft hinarbeiten.

Die neue Parteilinie

Dem Kongress ging in allen Teilen des Landes eine grossmächtige «Diskussion» politischer Fragen voraus, deren Ergebnis, wie es sich in den Reden und der Resolution des Parteitages manifestierte, darin bestand, dass der politische Kurs der letzten vier Jahre mit nur wenigen bezeichnenden Aenderungen gebilligt wurde, einschliesslich der repressiven Massnahmen des Jahres 1968. Die Diskussion lieferte den «Extremisten» in der Partei eine durchaus brauchbare Ausgangsbasis für die Fortsetzung jener harten Kritik an den «halben Massnahmen» der Gomułka-Aera, die seit März in einem Teil der Massenmedien dominierte; tatsächlich aber sind «extremistische» Aeusserungen, wengleich man sie noch immer hören kann, seltener geworden. Jedoch zeigt dies Gomułkas partielle Unterdrückung des «Extremismus» nur in einem sehr speziellen Sinne an, nämlich nur im Hinblick auf die parteiinternen Gruppenkämpfe. Was das Verhältnis zwischen Partei und Gesellschaft angeht, so sind die repressiven Massnahmen des Jahres 1968, die darauf abzielten, die «mobilisie-

rende» Rolle der Partei zu stärken, von allen Gruppen und Richtungen gebilligt worden. Auch daran lässt sich erkennen, welche tiefe Wirkung die von den Partisanen gesteuerte Säuberungskampagne auf die Partei ausgeübt hat. Zwar konnte die «zentristische» Gruppe um Gomułka den Versuch der Partisanen, mehr Macht an sich zu reissen, abwehren, doch musste sie dafür viele der politischen Postulate ihrer Rivalen akzeptieren.

Kultur und Erziehung

Die militant «antirevisionistische» Tendenz der Kultur- und Erziehungspolitik, wie sie Gomułka schon nach den Märzdemonstrationen der Studenten an den Tag gelegt hat, ist vom Kongress bekräftigt worden. Die Elite der polnischen Intellektuellen war bereits vor dem Parteitag dezimiert, einige, wie der Soziologe Zygmunt Baumann, waren emigriert, andere, wie Professor Leszek Kolakowski, zu «Unpersonen» geworden. 29 Mitglieder der Warschauer Universität hatte man entlassen, und am Vorabend des Kongresses waren die Professoren Adam Schaff und Stefan Zolkiewski, die seit März als führende «Revisionisten» unter Beschuss standen, aus dem Zentralkomitee ausgeschlossen worden — zwei weitere Beweise dafür, dass die von der Partei früher geübte Tolerierung einer begrenzt autonomen intellektuellen Aktivität ihr Ende gefunden hat. Die ideologische Rechtfertigung dieser Säuberung ist am 15. Oktober von Gomułka selbst formuliert worden, als er — namentlich an die Gesellschaftswissenschaften gewandt — erklärte: «... Gesellschaftswissenschaften können nicht von der Politik getrennt sein... Die Partei muss und wird auf diesem Feld eingreifen...» Die Vorstellung eines in politisch wichtigen Bereichen von der Partei dirigierten intellektuellen Lebens — z. B. in der Soziologie, nicht aber in der abstrakten Kunst, die nach wie vor viel Freiheit genießt — beherrschte auch den Geist des Kongresses. Der Warschauer Parteichef Jozef Kepa stellte zum Beispiel, ebenfalls von den Gesellschaftswissenschaften sprechend, fest, dass sie als ein «hochwertiges theoretisches Werkzeug» der Partei zu dienen hätten. Der Krakauer Schriftsteller und Redaktor Władysław Machajek beschäftigte sich in seiner Kongressrede mit der künstlerischen Freiheit und behauptete, dass «Parteischriftsteller... die sogenannte schöpferische Freiheit für alle ablehnen... In einer literarischen Arbeit ist für einen ideologischen Kompromiss kein Platz.»

Was das Erziehungswesen betrifft, so billigte der Kongress die «Reform» der Ausbildung, wie sie seit März betrieben wird, d. h. also die Beseitigung der traditionellen Autonomie der Hochschulfakultäten und die Einführung staatlicher Kontrolle, ferner die Schaffung neuer Kriterien für die Zulassung zu den Universitäten, Kriterien, die politisch «zuverlässige» Studenten aus Arbeiter- und Bauernfamilien begünstigen. Auch stimmte der Kongress den seit März unternommenen Bemühungen zu, die Jugend durch die Jugendorganisationen zu «mobilisieren», die jetzt, nach dem Muster des stalinistischen Verbandes der Polnischen Jugend in der Zeit von 1956, angewiesen sind, «freiwillige» soziale Arbeit zu ermutigen. Prozesse gegen bestimmte Führer der Studentendemonstrationen sind nach dem Kongress wieder angelaufen, ein deutliches Zeichen

Rumänischer Rückzug auf innere Verteidigungslinie

Wenn der Kreml mit seiner Doktrin von der beschränkten Souveränität sozialistischer Länder mehr bezweckt als nur eine nachträgliche Rechtfertigung der CSSR-Invasion, wenn er sie vielmehr als Richtlinie versteht, an die seine Verbündeten sich in ihrer Innen- und Aussenpolitik künftig zu halten haben werden, dann geht Bukarest schweren Zeiten entgegen.

Von allen Ländern, die sich sozialistisch nennen, kommt Rumänien am ehesten als Ziel des sowjetischen Interventionsanspruches in Frage, weil es geographisch, politisch und militärisch eindeutig zum europäischen Machtbereich der UdSSR gehört. Wollte Rumänien versuchen, der Sowjetunion jeden möglichen Grund zu einer militärischen Intervention zu nehmen, so dürfte es an seiner bisherigen Politik im Innern möglichst wenig ändern, um so mehr aber an seiner Aussenpolitik. Indessen hat das Regime Ceausescu, wollte es den sowjetischen Wünschen voll und ganz genügen, eine ernstliche Erschütterung seiner inneren Machtbasis zu befürchten. Somit stehen die Bukarester Politiker vor der Aufgabe, diese beiden einander entgegengesetzten Grundinteressen in der Weise zu befriedigen, dass die jeweiligen abträglichen Wirkungen gering bleiben, d. h. der bisherige Kurs wenigstens in seiner Substanz gewahrt bleibt.

Für den Erfolg dieser Gratwanderung ausschlaggebend ist jedoch nicht so sehr die rumänische Geschicklichkeit als vielmehr Moskaus Entschlossenheit Gomulkas, einen erneuten Ausbruch von Studentenunruhen mit allen Mitteln zu verhindern.

Zusammenfassung

Der 5. Kongress der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei hat einerseits gezeigt, dass die Partisanengruppe einen zumindest temporären Rückschlag erlitt und dass sich Gomulka nicht ohne Erfolg um den Aufbau einer neuen Führungsstruktur bemüht, die es ihm erlauben soll, die Partei auch in Zukunft zu beherrschen. Andererseits wurde klar, dass sich die Partei darin einigt, entschlossen eine Politik des Status quo zu verfolgen, die in verschiedenen Bereichen, namentlich auf dem Felde des intellektuellen Lebens, im Laufe des letzten Jahres repressiv, fast neostalinistisch geworden war. Für die Nation war es vielleicht noch wichtiger, dass bestimmte Fragen gar nicht und bestimmte Probleme nur am Rande diskutiert wurden. Alles in allem bietet Polen auch nach dem 5. Kongress ein deprimierendes und eigentlich schon erschreckendes Bild. Die Aufmerksamkeit der Partei bleibt nach innen gerichtet, absorbiert von Gruppenkämpfen und persönlichen Konflikten, von denen viele bereits 20 Jahre alt sind, und ernsthafte Versuche, die Probleme einer sich urbanisierenden und industrialisierenden Gesellschaft zu lösen, sind nirgends zu erkennen. Die Aussenpolitik des Regimes im arabisch-israelischen Krieg im Juni 1967 und in der tschechoslowakischen Krise, die Unterdrückung der Studentendemonstrationen und die Säuberungskampagne des abgelau-

fung bezüglich der Prioritäten seiner Politik. Der weltweite Schock, den die Intervention gegen die CSSR ausgelöst hatte, ist freilich schon abgeklungen, könnte aber durch ein weiteres Vorgehen im gleichen Stil nachhaltiger werden. Dass Rumäniens Aussenpolitik den Kreml nicht im selben Mass gegenwärtig dünkt wie seinerzeit die tschechoslowakische «Wiedergeburt», kann als sicher gelten; andernfalls hätte Moskau hier ja schon früher eingegriffen. Die Chance für Rumänien liegt gegenwärtig darin, dass Moskau, schon um die Nato nicht zu reaktivieren, es im Hinblick auf übergeordnete wirtschaftliche und rüstungspolitische Gesichtspunkte für angebracht halten könnte, Rumänien einigermassen gewähren zu lassen.

Rumänien scheint jedenfalls die Möglichkeit zur Beibehaltung eines gewissen eigenen Spielraums optimistischer einzuschätzen als etwa noch im Frühjahr 1968. Hatte es sich in den ersten Monaten nach der Intervention gegen die CSSR zusehends mehr eingeschüchtert gezeigt, so behauptete es darnach wieder mit grösserer Energie

fenen Jahres mit ihren starken antisemitischen Tönen — all das hat die Bevölkerung dem Regime noch mehr entfremdet und einen guten Teil der Sympathie gekostet, die Polen früher im Ausland genoss. Beunruhigender ist aber, dass das Regime, wie die antirevisionistische Kampagne, die Stärkung der Polizei und ähnliche Massnahmen verraten, offenbar den gefährlichen Kurs einschlagen will, die Kluft zwischen Partei und Gesellschaft, die ein entscheidendes Charakteristikum der Periode seit 1956 war, durch die «Mobilisierung» zumindest bestimmter Teile der Gesellschaft zu überbrücken. Diese Wendung erlaubt, wenn man zugleich die Veränderung der jetzt von den Resten des «liberalen» Flügels gesäuberten Führungsstruktur berücksichtigt, den Schluss, dass der 5. Kongress, wenngleich Gomulka Erster Sekretär bleibt und eine Stärkung seiner persönlichen Position erreicht hat, das Ende der noch vom Oktober 1956 bestimmten Aera eingeleitet hat. Polens Zukunft bleibt ungewiss. Gomulka hat die Gunst der Stunde zu nutzen gewusst und damit vielleicht nicht mehr erreicht, als sich selbst zu überleben. ■

seine Rechte auf nationale Selbständigkeit. Allerdings hat Bukarest behutsam vorzugehen. Bildlich gesprochen ist es auf eine Art innere Verteidigungslinie zurückgewichen, die es nun sichert und festigt. Aufgeben hat es einstweilen so vorgeschobene Positionen wie die Ablehnung einer Teilnahme an den Vorbereitungsarbeiten zur kommunistischen Weltkonferenz und vor allem die ausdrückliche Verurteilung der Intervention. In öffentlichen Reden bekennen sich die rumänischen Führer wieder mehr zum proletarischen Internationalismus, versprechen feierlich Bündnistreue gegenüber den Partnern im Warschauer Pakt, erklären ihre Bereitschaft zu verstärkter Zusammenarbeit mit den sozialistischen Ländern. Das Hauptgewicht der Aktivität hat sich offenbar nach innen verlagert. Alle Bemühungen in dieser Hinsicht — Bildung von Räten der nationalen Minderheiten sowie der «Front der sozialistischen Einheits», Rehabilitierungen, Liberalisierung der Ausreiseformalitäten, «Demokratisierung» mittels sogenannter Volkssaussprachen usw. — zielen darauf ab, die Nation in sozialer und nationaler Beziehung zu einigen, um der Parteiführung gegenüber innern und äussern Widersachern (erstere womöglich mit letzteren im Bunde) stärkeren Rückhalt zu verschaffen. Moskau hätte immerhin einige Mühe, diese Schritte als Vorstösse gegen sozialistische Prinzipien zu erklären, als deren Wächter es sich angeblich fühlt. Auch gegen jüngste verteidigungspolitische Massnahmen der Rumänen kann es schwerlich etwas einwenden, denn sie dienen erklärterweise dem Ziel, die Verteidigungskraft des Landes und damit auch das Warschauer Bündnis zu stärken. Das gleiche gilt für Rumäniens aussenpolitische Aktivitäten oder wenigstens für einen Teil davon. Bukarests Bemühungen um Entwicklungsländer und um jene europäischen Staaten, die nicht auf der sowjetischen Abschluslinie stehen wie Westdeutschland und Jugoslawien, müssten ja mit den Grundsätzen der friedlichen Koexistenz konform gehen, denen Moskau jedenfalls bezüglich genehmer Staaten nicht abgeschworen hat, wenn auch der Breschnew-Doktrin ein Zug zum protektionistischen Isolationismus innewohnt.

Und doch steckt in sämtlichen innen-, militär- und aussenpolitischen Anstrengungen Rumäniens eine Tendenz, die letztlich gegen den sowjetischen Hegemonieanspruch gerichtet ist. Und wäre es auch nur in der Form, dass dadurch die materielle und moralische Widerstandskraft des Regimes gegen äussere und innerparteiliche Pressionen verstärkt wird. Das verleiht dem gesamten rumänischen Verhalten in Wort und Tat eine fundamentale «Zweideutigkeit», die wohl als Charakteristikum für die ganze kommende Zeit beibehalten werden dürfte, in welcher das Ausmass des sowjetischen Eingriffswillens nicht eindeutig getestet werden darf. ■

Zum Beispiel

ZEITBILD